

## **Merz's; milliardenschwere Klimastrategie: Ein verzweifelter Plan?**

Friedrich Merz diskutiert im Bundestag mit den Grünen über ein Finanzpaket und Schuldenstrategie für Klimaschutz und Infrastruktur.

**Berlin, Deutschland** - Friedrich Merz, der Vorsitzende der CDU, sitzt in der ersten Reihe der Unionsfraktion im Bundestag und bereitet sich auf einen entscheidenden Schlagabtausch vor. Der geplante Finanzpaket, der eine ethische Grundsatzentscheidung zur Schuldenaufnahme für Verteidigungs- und Infrastrukturinvestitionen thematisiert, steht unmittelbar bevor. Merz muss die Grünen gewinnen, die sich möglicherweise zu einer künftigen Oppositionspartei entwickeln könnten. In seiner Rede zur geplanten Grundgesetzänderung begründet er die Notwendigkeit neuer Schulden und beschreibt die wirtschaftliche sowie internationale Lage als dramatisch. Er drängt darauf, dass die aktuellen Ausgaben nicht leistbar sind, und signalisiert eine Öffnung für Gespräche mit den Grünen über Kompromisse.

In seinem Angebot an die Grünen, 50 Milliarden Euro aus einem geplanten Sondervermögen für den Klima- und Transformationsfonds (KTF) bereitzustellen, könnte Merz eine Brücke schlagen. Wirtschaftsminister Robert Habeck signalisiert Zustimmung zu Merz' Vorschlägen, während die CSU-Landesgruppe die Grünen auffordert, Entscheidungen zu treffen. Ohne eine Einigung mit den Grünen wird es für Merz und die Union jedoch schwierig, die erforderliche Zustimmung zu den angestrebten Änderungen zur Schuldenbremse zu erhalten.

### **Finanzpaket und Schuldenbremse im Fokus**

Der Hintergrund des Streits ist ein Zusammenspiel zwischen Union und SPD, die ein Finanzpaket vereinbart haben. Dieses sieht vor, dass die Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben gelockert wird und ein 500 Milliarden Euro schweres Sondervermögen für Infrastruktur im Grundgesetz verankert wird. Die Zustimmung der Grünen ist entscheidend, doch deren Fraktionschefin, Britta Haßelmann, zeigt sich empört über die Vorschläge und verlangt verbindliche Zusicherungen: Infrastructure-Schulden dürfen nicht für Wahlversprechen verwendet werden. Die Grünen präsentieren ihrerseits Alternativen, wobei sie auf die Aufnahme des Begriffs „zusätzlich“ in die Gesetzgebung drängen.

Die umstrittene Schuldenpolitik wird auch von anderen Parteien kritisch betrachtet. Christian Lindner, der scheidende FDP-Chef, hinterfragt Merz' plötzliche Schuldenfreundlichkeit, während auch die AfD, vertreten durch Fraktionschefin Alice Weidel, die Forderung erhebt, Merz abzusetzen. Simultan dazu hat SPD-Chef Lars Klingbeil bestätigt, dass das Sondervermögen um einen Klimaschutz-Aspekt erweitert werden soll, was die Verhandlungen zusätzlich kompliziert.

## **Dringlichkeit der Infrastrukturinvestitionen**

Die Diskussion um finanzielle Mittel für die Infrastruktur ist nicht neu. Der Investitionsstau bei Verkehrsinfrastruktur, wie Brücken, Schienen und Straßen, wird als gravierend eingestuft. Aktuelle Schätzungen des BDI zufolge besteht ein zusätzlicher Bedarf von rund 160 Milliarden Euro allein für den Verkehr. Diese Situation wird durch die Notwendigkeit, die Verteidigungsausgaben umfassend zu betrachten, weiter verschärft. Der CSU-Chef Markus Söder bezeichnet das Paket daher als „XXL“.

Die laufenden Sondierungen und die Diskussion um die Schuldenbremse stellen auch Anspruch und Ziel dar, Investitionen in die Zukunft zu sichern. Letztlich wird eine umfassende Modernisierung der Schuldenbremse angestrebt. Eine Expertenkommission soll bis Ende 2025 Vorschläge

ausarbeiten. Doch um dies zu erreichen, ist die Unterstützung durch die Grünen unerlässlich, und Merz wird es nicht leicht haben, ihre Zustimmung zu gewinnen.

Details	
<b>Ort</b>	Berlin, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.remszeitung.de">www.remszeitung.de</a></li><li>• <a href="http://www.berliner-zeitung.de">www.berliner-zeitung.de</a></li><li>• <a href="http://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**